

Das zwiespältige Frankreich.

Von Zeit zu Zeit flammte in Frankreich die Empörung gegen Amerika auf. Meistens geschieht es, wenn es gilt, dem allmächtigen Dollar eine neue Huldigung darzubringen. Dann findet Frankreich plötzlich, daß es angenehmer ist, fremde Tribute einzulassen, als eigene Schulden zu bezahlen. Die Franzosen finden es ganz natürlich, daß sie von Deutschland Geld einzulassen haben. Sie finden es weniger natürlich, daß sie selbst das Geld an Amerika abliefern müssen. Der Raketenjammer ist jetzt in Frankreich groß. Wie kann man sich vor Amerika retten? Ein großes Pariser Blatt schreibt u. a.: Um nicht dem amerikanischen Joch hilflos ausgeliefert zu sein, wollen wir Europa bilden!

Das ist ein Verzweiflungsschrei nach den Vereinigten Staaten von Europa

als Mittel zur Abwehr der Ansprüche Amerikas. Der Grundgedanke, der dabei zur Geltung kommt, ist der, daß die Verminderung der Kriegsschuld nur durch vereinte Bemühungen sämtlicher europäischer Schuldnerstaaten möglich ist. Der zweite Grundgedanke ist aber, daß

das Schicksal Frankreichs eng an das Schicksal Deutschlands gebunden ist, und daß Frankreich gegenüber Amerika sich in einer keineswegs besseren Lage befindet, als Deutschland.

Eine deutsch-französische Schicksalsgemeinschaft?

Aber wie steht es mit dem Versailler Vertrag.

der zwischen Deutschland und Frankreich eine tiefe Kluft verwirklicht hat? Man kommt auf seltsame Gedanken, wenn man in höchster Not ist. Da entdeckt man bei sich Wunden, die man einem anderen nicht zutraut. Da nimmt man auch eine Gerechtigkeit in Anspruch, die man dem anderen versagt hat. Eine gute Lehre — wenn sie nur nicht allzu schnell vergessen wird.

Schuldenabkommen und Youngplan.

Paris, 3. Juli. Die Beratungen des Auswärtigen und des Finanzausschusses am Dienstag verstärkten die Gewißheit, daß Frankreich die Schuldenabkommen mit Washington und London ratifizieren wird. Der Streit geht in der Hauptsache nur noch um die Vorbehalte und die Frage, ob diese in das Gesetz selbst aufgenommen werden oder den Gegenstand einer Zusatzbestimmung bilden sollen. Während der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten zu einer klaren Stellungnahme kommen konnte, boten die Verhandlungen des Finanzausschusses das Bild größter Zerfahrenheit und Unbestimmtheit. Der amtliche Sitzungsbericht ist auch, gewollt oder ungewollt, so unklar gehalten, daß es besonderer Deutungskünste bedarf, um die eigentliche Haltung des Ausschusses aus ihm herauslesen zu können. Nur die Tatsache, daß der Ausschußbeschuß dahin geht, die Ratifizierungsgesetze der Regierung in Erwägung zu ziehen und als Berichterstatter den ratifizierungsfreundlichen Abgeordneten und Mitarbeiter Caillaux, Petri zu ernennen, läßt klarer erkennen, daß auch der Finanzaus-

schuß in seiner Mehrheit die Ratifizierung für unumgänglich hält.

Als Gesamteindruck kann festgehalten werden: Die Regierung ist weiterhin der Ansicht, daß die Ratifizierung durch Regierungsvorordnung die empfehlenswerteste Lösung sei, wobei es den Kammern offen bleiben solle, unabhängig ihre Vorbehalte zu formulieren. Poincaré wandte sich allerdings gegen die Aufnahme der Vorbehalte in den Gesetzestext, da Präsident Hoover in diesem Falle nicht nur die Entgegennahme der Ratifizierungsverordnung Poincarés, sondern auch des von der Kammer angenommenen Ratifizierungsgesetzes ablehnen würde. Eine Reihe von Ausschußmitgliedern betonte, es habe auf sie großen Eindruck gemacht, daß Außenminister Briand wiederholt den ausnahmsweise ernsten Charakter der bevorstehenden Regierungshandlungen unterstrichen habe. Der „Petit Parisien“ dürfte wohl ziemlich richtig den Grundton der Briand'schen Ausführungen oder zumindest der Auffassung eines großen Teiles der Ausschußmitglieder wiedergeben, wenn er schreibt, die Annahme des Youngplans ist nicht nur die Erreichung eines Reparationszahlungssystems durch ein anderes, sie bedeutet auch die Eröffnung einer neuen Ära: Deutschland, von jedem Zwange befreit, wird nur noch durch seine Verpflichtungen gebunden sein. Die juristische Möglichkeit für Deutschland, nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages das linke Rheinufer wieder zu erhalten, kann nicht als eine wünschenswerte Aussicht betrachtet werden.

Eine Einmischung in die innerdeutsche Politik

bedeutet es aber, wenn das Blatt auf Grund der Briand'schen Ausführungen vor dem Finanzausschuß weiterhin schreibt: Es müßte die Aufrichtigkeit Deutschlands außer Frage stehen. Ferner müßten alle Rundgebungen der letzten Woche von den verantwortlichen Ländern des deutschen Volkes desavouiert und verurteilt werden und dies müßte in eindeutigen Handlungen einen Niederschlag finden. Der Youngplan müßte nicht nur, bevor Frankreich ihm zustimme und ihn anwende, ausdrücklich vom Reichstanzler ratifiziert sein, sondern der Reichstag werde — diese Bemerkung stammt von Briand! — eine bestimmte Zahl von Gesetzesentwürfen annehmen müssen, die in die Reichsfinanzen Ordnung zu bringen hätten, eine Notwendigkeit, die der Reparationsagent Parker Gilbert dargetan habe. Es handele sich für die französischen Unterhändler um nichts weniger als darum, von Deutschland die Gewißheit zu erhalten, daß es aufrichtig und guten Willens sei. Die Rede Stresemanns über die Gebrechlichkeit des Youngplans biete nicht die von Frankreich gesuchte Sicherheit, daß Deutschland seiner Unterschrift 62 Jahre lang Ehre machen werde. Man sieht, dies geht auf einen neuen Versuch hinaus, die Abneigung Frankreichs, das Rheinland vorzeitig zu räumen, durch den schlechten Willen Deutschlands zu bemänteln. Es hat aber einen gewissen Nachgeschmack, wenn in diesem Zusammenhang der „Petit Parisien“ bemerkt, Frankreich seinerseits sei geneigt, seiner Unterschrift gegenüber Amerika und England Ehre zu machen.

Nachklänge zur englischen Thronrede

Zustimmung in England.

London, 3. Juli. Die Thronrede und die ergänzende Rede des Ministerpräsidenten Macdonald im Unterhaus fanden in den englischen Blättern eine günstige Aufnahme. Der arbeiterparteiliche „Daily Herald“ legt als Regierungsblatt besonderen Nachdruck auf die Dringlichkeit aller in der Thronrede berührten Fragen und meint, daß kaum eine Regierung so unter dem Druck der Zeit gestanden habe wie die jetzige. Was die neue Regierung immer tun werde, es werde ein Kampf gegen die Zeit sein. — Die „Morningpost“ erwartet Widerstände der Dominions bei Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetland, legt aber das Hauptgewicht auf die innerpolitischen Fragen, insbesondere auf die Gewerkschaftsvorlage und auf die angekündigte Möglichkeit einer Aufhebung der Schutzmaßnahmen für die Industrie. Unmittelbare Besorgnisse in dieser Hinsicht werden aber auf konservativer Seite nicht gehegt. — Die „Times“ meint, die Rede des Ministerpräsidenten dürfe als ein Hinweis aufgefaßt werden, daß die Schutzmaßnahmen für die Industrie bis zum nächsten Haushalt kaum irgend welche Veränderungen unterzogen werden dürften. Die „Times“ spricht von einem sehr ruhigen Beginn der Arbeiten des neuen Parlaments, während die „Daily Mail“ von einem ehergeizigen aber vorsichtigen Beginn der zweiten arbeiterparteilichen Regierung spricht. Im gleichen Sinn äußern sich auch die übrigen Morgenblätter, von denen die Liberalen sich fastlich starke Zurückhaltung auferlegen, gegen die einzelnen Punkte der Thronrede aber keine Einwände zu machen haben.

Französisches Unbehagen.

Paris, 3. Juli. Die Pariser Blätter geben die englische Thronrede ausführlich wieder. Aus ihrer Stellungnahme geht Enttäuschung, besonders über die außenpolitischen Ausführungen hervor. So erklärt das „Echo de Paris“, die Ankündigungen der Thronrede über die vorzeitige Rheinlandräumung bestätigen, daß London an der Seite Berlins gegen Frankreich sein werde. Der Verzicht auf das Rheinland sei ein außerordentlich erster Augenblick in der europäischen Geschichte, da er bedeute, daß Deutschland an den Ostgrenzen keine Handlungsfreiheit wiedererlange. Der „Figaro“ meint, Frankreich werde die schlimmen Folgen der Einstellung des neuen englischen Kabinetts tragen

müssen. Deutschland werde jetzt alles tun, um sich der Ueberbleibsel des Versailler Vertrages zu entledigen.

Mißstimmung wegen der amerikanischen Zollpolitik im britischen Weltreich.

London, 4. Juli. Die amerikanische Zolltarif-Gesetzgebung wird in allen Teilen des englischen Weltreiches außerordentlich schwer kritisiert und wirkt sich mehr und mehr zu einem Hindernis für die englisch-amerikanische Verständigung aus, das an Bedeutung nicht unterhätigt werden kann. Der australische Ministerpräsident Bruce wandte sich am Dienstag in einer Rede mit Nachdruck gegen die amerikanische Zollpolitik und verlangte Gegenmaßnahmen innerhalb des britischen Weltreiches.

Macdonalds Start.

Die Parlamentsöffnung in England.

Die Feier der Parlamentsöffnung gehört zu den bedeutendsten und vollstimmlichsten Ereignissen im staatspolitischen Leben Englands. In dem Zeremoniell dieser Feier spiegelt sich die jahrhundertelange Geschichte des ältesten Parlaments der zivilisierten Welt von heute an. In diesem Zeremoniell hat auch die jetzt herrschende reformlustige Arbeiterpartei nicht zu rütteln gewagt.

Der Eröffnungstag des englischen Parlamentes sieht die Mitglieder des Oberhauses und des Parlamentes in einem Raum versammelt, was sonst nie im Laufe der parlamentarischen Arbeit geschieht. Das Unterhaus (House of Commons) ist bekanntlich durch die Abspaltung der Abgeordneten aus dem niedrigen Adel und der Bürgerschaft von dem eigentlichen englischen Parlament, dem Oberhaus (House of Lords) entstanden. Im Laufe von Jahrhunderten waren die Abgeordneten des Unterhauses einflusslose, stumme Personen, denen der Eintritt in das Parlament verwehrt war und die ihre Wünsche durch einen von ihnen gewählten Vertreter, den Sprecher (Speaker) vortragen ließen. Heute ist das Unterhaus, das auf allgemeinem Wahlrecht basiert, die eigentliche parlamentarische Gewalt in England aus, während das standesmäßige aristokratische Oberhaus ein Scheindasein führt, das nur durch die Tradition aufrechterhalten wird. Nur an einem einzigen Tage, am Eröffnungstage des Parlamentes, gewinnt das Oberhaus seine alte Bedeutung, während das Unterhaus zur alten Einflußlosigkeit sinkt.

Während die Königsfamilie auf ihren Thronesseln, der Lordkanzler (der Vorsitzende des Oberhauses) auf seinem symbolischen Wollsaß, und die Peers Englands samt Erzbischöfen, Bischöfen und den Richtern des höchsten Gerichtshofes auf ihren roingepolsterten Bänken sitzen, steht der „Speaker“ des Unterhauses mit den Unterhausmitgliedern bescheiden hinter der Barriere im Sitzungssaal der Lords, um der Thronrede zuzuhören und stumm zu lauschen. Nachdem die Thronrede verlesen ist, zieht sich der Speaker mit den Unterhausabgeordneten durch eine schmale Hintertür zurück in die eigenen Räume des Unterhauses, und erst hier wäscht das House of Commons zu seiner wirklichen Bedeutung heran. Denn nun beginnt die Aussprache über die Thronrede, eine Aussprache, von der das Schicksal der Regierung abhängt, die ja für die Thronrede verantwortlich ist.

Im kleinen rechteckigen Saale des Unterhauses sitzen die Abgeordneten auf den mit schwarzem Leder gepolsterten Bänken, auf der einen Seite die Regierung und die Regierungspartei, auf der anderen Seite — die Opposition. Zwischen den Bänken der Regierung und der Opposition befindet sich der Mittelgang, und am einen Ende des Mittelganges sitzt auf einem Stuhl der Speaker, und zwar so, daß rechts von ihm der Führer der Regierung und links von ihm der Führer der Opposition Platz haben. Die Abgeordneten sprechen von ihrem Platz aus. Eine Rednertribüne fehlt. Die Abgeordneten sitzen der Regel nach mit Hut, nur der Redner nimmt seinen Hut ab. Im übrigen hält man im Unterhause keine langschweifigen Reden, sondern man „spricht“, man berät. Lange Reden werden in England nur in öffentlichen politischen Versammlungen gehalten, nicht aber im Unterhause, dessen Beratungen einen streng privaten Charakter haben. Die Beratungen des Unterhauses sind offiziell nicht öffentlich. Es gibt zwar Zuhörer, die an den halb verborgenen Galerien des Unterhauseales hoch oben auf schmalen Bänken sitzen, aber die Abgeordneten nehmen von diesen „Neugierigen“, zu denen immer viele Diplomaten und Journalisten gehören, gar keine Notiz.

Im neuen englischen Unterhause hat nunmehr die frühere Regierungspartei ihre Plätze mit der Oppositionspartei vertauscht. Heute sitzt Mr. Baldwin links vor dem Speaker, während Mr. Macdonald nach der rechten Seite gewandert ist. Die erste Session des neuen Parlaments beginnt. Sie verspricht bewegt und bedeutungsvoll zu sein. Das neugewählte Unterhaus ist auf den Kampf eingestellt. Die jetzige Regierungspartei verfügt über keine absolute Mehrheit, und sie darf sich den Luxus nicht erlauben, auf die Opposition keine Rücksicht zu nehmen, während die Opposition ihrerseits angriffslustig geworden ist, weil sie weiß, daß von ihr vieles abhängt. Mit der Parlamentsöffnung tritt die Labour-Regierung Macdonalds richtig in Aktion. Das Regierungsprogramm steht nun endgültig fest. Von diesem Programm und von seiner Durchführung hängt vieles ab, nicht nur für England, sondern auch für die übrige Welt.

Die Debatte

über die englische Thronrede.

Aus der Adressdebatte, die sich nach der Thronrede im Unterhause entsponnen hat, ist bemerkenswert, daß durch Baldwin eine sachliche und durchaus loyale Opposition der Konservativen angekündigt worden ist. Baldwin betonte selbst, daß das britische Parlament im nächsten Jahre recht schwierige Aufgaben zu erledigen habe, so daß die Konservativen keine kleinliche Opposition machen wollten, sondern gewillt sind, ernsthafte Mitarbeit zu leisten.

Macdonald erwiderte auf diese Anfrage, und es ist bemerkenswert, daß verschiedentlich das ganze Haus ihm Beifall zollte. Er beschäftigte sich vor allem mit der Friedenspolitik nach außen und nach innen. Schließlich erklärte er:

„Wir haben unsere Flagge an den Mast der konstitutionellen Monarchie angelegt. Wir halten sie für die beste Regierungsform und werden alles tun, um sie lebensfähig zu erhalten und ohne Ueberbannung der Parteiherrschaft zugunsten des ganzen Volkes ausüben.“ Diese Aeußerungen riefen eine beinahe stürmische Begeisterung im ganzen Hause hervor, zumal Macdonald kurz vorher erklärt hatte, daß er gewillt sei, rücksichtslos nur die Interessen Englands zur Geltung zu bringen und daher um ein einiges, gewissermaßen parteiloses Parlament gebeten hatte.

Von Interesse waren noch die Ausführungen des Abgeordneten der Arbeiterpartei Snell, der u. a. sagte: Zu großer Genugtuung gereicht es uns, daß sich die Möglichkeit zeigt, die englischen Truppen im Rheinland zurückzurufen und einem Volk, mit dem wir seit mehr als zehn Jahren im Frieden leben, die heißgeliebte Gegend zurückzugeben, die mit so vielen glanzvollen und romantischen Erinnerungen der deutschen Geschichte verknüpft ist. Wenn dieses Ideal in Erfüllung gehen würde, so würde das hier wohl mit fast derselben Zufriedenheit begrüßt werden, wie in Deutschland.

Furchtbare Brandkatastrophe bei San Franzisko.

Tokio, 3. Juli. Nach einem Funkspruch aus San Franzisko ist in Mill Valley in der Nähe der Stadt ein Brand ausgebrochen, der sich mit ungewöhnlicher Schnelligkeit ausbreitete. 90 Häuser sind den Flammen bereits zum Opfer gefallen. Das Feuer dehnt sich immer weiter aus, und man befürchtet, daß der Ort, der Sitz der amerikanischen Finanzaristokratie ist, völlig vernichtet wird. 41 Personen werden vermisst. Neben zahlreichen Feuerwehren und Truppen beteiligten sich auch die Besatzungen amerikanischer Kriegsschiffe an der Bekämpfung des Niederbrandes.